

**Protokoll:**

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig bringt vor, dass ein Baustop beim Schienenhaltepunkt teurer würde als dessen Vollendung, was er den Ratsmitgliedern bereits schriftlich mitgeteilt habe. Ein Baustop würde die Stadt mit 14,9 Mio. Euro belasten. Auch ein temporärer Baustopp würde zu erheblichen Mehrkosten von mehr als 20.000 Euro pro Tag führen. In diesem Zusammenhang unterbreitet er die Bitte an alle Fraktionen und Ratsmitglieder, sich jenseits der Grundsatzproblematik, welche man mit diesem Thema verbinden könne, positiv der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Es erfolgt an dieser Stelle eine kurze Sitzungsunterbrechung.

Nach der Sitzungsunterbrechung weist Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig daraufhin, dass der Schienenhaltepunkt beschleunigt im Bau sei und man hoffen könne, dass er gleichzeitig mit der BUGA eröffnet werden könne. Im Stadtvorstand sei in zwei Sitzungen geprüft worden, ob das Projekt zum jetzigen Zeitpunkt in Frage zu stellen sein könnte. Das Ergebnis der Prüfung habe er gestern schriftlich dargestellt. Aus Sicht des Stadtvorstandes ergebe sich, dass die bereits entstandenen Kosten sowieso zu bezahlen seien. Noch nicht feststehend seien die geltend gemachten „Beschleunigungskosten“. Jene Kosten würden noch verhandelt, eine erste Verhandlungsrunde sei terminiert.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erklärt, er informiere den Stadtrat selbstverständlich über das Ergebnis. Seine Verhandlungsstrategie habe er ausführlich in den Ausschussberatungen dargestellt.

Rm Bocklet (CDU) merkt an, man lebe in Koblenz und nicht in Schilda und es stünden derzeit auch keine Kommunalwahlen an, so dass kein Spatenstich zu einem Zeitpunkt erfolgen müsse, wo die Kosten schon klar absehbar, aber keine Finanzierung sichergestellt gewesen seien. Zum Zeitpunkt des Spatenstiches seien dem Rat immer noch 9,1 Mio. Euro als Gesamtbaumaßnahme für den Schienenhaltepunkt präsentiert worden, obwohl seinerzeit, bereits bekannt gewesen sei, dass eine Kostenmehrung von 2,5 Mio. Euro vorläge. Der ehemalige Oberbürgermeister habe zu einem Zeitpunkt einen Spatenstich für den Schienenhaltepunkt Stadtmitte vorgenommen, ohne dass dieser finanziert gewesen sei. Rm Bocklet bedankt sich für das klare Zahlenwerk, denn zu ersten Mal erhalte er eine Vorlage, in dem der BUGA-Etat nicht 102 Mio. Euro, sondern 106 Mio. Euro genannt werde. Dies sei eigentlich schon jedem klar gewesen, aber es sei von der Verwaltung so bisher nicht kommuniziert worden.

Zum jetzigen Zeitpunkt könne man es sich nicht leisten, einen Baustop zu verfügen und die Maßnahme wieder zurückzubauen. Auf der anderen Seite fühle er sich als Ratsmitglied hinteres Licht geführt, weil diese Kostenmehrungen nicht „vom Himmel gefallen“ seien. Man kenne die Entwicklungen, die immer wieder präsentiert worden seien. Aber nach seinem Erachten sei nicht mit offenen Karten gespielt worden.

BIZ-Fraktionsvorsitzender Dr. Gross stellt fest, dieses Projekt sei von seiner Fraktion nicht auf den Weg gebracht worden. Die Verantwortung liege bei den bisherigen Befürwortern – insbesondere bei dem ehemaligen Oberbürgermeister. Es zeige aber, dass man Großprojekte solide und gründlich auf Finanzierung und Risiken detailliert prüfen müsse, um Fehlentwicklungen zu verhindern. Dies gelte insbesondere auch für den Zentralplatz. Man werde die Befürworter daran erinnern. Die Fraktion werde nicht dagegen stimmen, sondern sich der Stimmen enthalten, da das Projekt „SPNV Haltepunkt Stadtmitte“ bereits weit fortgeschritten sei

Rm Lehmkuhler (SPD) nimmt Bezug auf die Ausführungen des Rm Bocklet, die er so nicht unkommentiert stehen lassen könne. Man habe am 12.04.2008 im BUGA-Ausschuss unter dem Betreff „Finanzierungs- und Bauvertrag“ über die Angelegenheit diskutieren können. Aber dieses Angebot habe man nicht angenommen. Auch in den anderen Ausschüssen sei nicht ausreichend beraten worden. Nun nach fasst zwei Jahren zu bemängeln, dass die Maßnahme so teuer geworden sei und dies so nicht akzeptieren könne, finde er nicht gerechtfertigt. Damit hätte man sich im Vorfeld intensiv auseinander setzen können, so wie dies die SPD-Fraktion jedenfalls getan habe. Auch seine Fraktion finde es nicht erfreulich und er habe vor Jahren schon Warnungen ausgesprochen, aber diese seien nicht ernst genommen worden. Es sei nun zu spät, um Änderungen vorzunehmen und entstandene Mehrkosten zu bemängeln.

Rm Ackermann (Bündnis 90/ Die Grünen) betont, seine Fraktion habe sich von Beginn an für den Schienenhaltepunkt ausgesprochen, müsse aber den Ausführungen des Rm Bocklet bezüglich der seiner Meinung nach zu spät erfolgten Information des Rates über die Kosten beipflichten. Deswegen hätten Entscheidungen bezüglich der Kostensteigerungen nicht getroffen werden können und dadurch sei auch ein Baustop nicht möglich gewesen. Er dankt auch für die Offenlegung und detaillierte Darstellung der Kosten. Er äußert Kritik über die mangelnde Information unter dem ehemaligen Oberbürgermeister.

Rm Ackermann wolle konstruktiv zum ersten Punkt der Kostensteigerungsdarstellungen beitragen, dass die ADD die Änderung der Havarieklasse verursacht habe und die Aufsichtsbehörde daher die Kosten tragen solle. Dies solle mit dem Land diskutiert werden.

Weiterhin solle überprüft werden, ob aus der Rückstellung für Stellplatzablöse, in welcher etwa 200.000 Euro verfügbar seien, für den öffentlichen Personennahverkehr zur Verfügung gestellt werden könnte.

Weiterhin kündigt er einen Ergänzungsantrag zum TOP 4 der nicht öffentlichen Sitzung an. Die Mittel, die durch das Ablösen der Stellplätze die beim Parkhaus „Obere Löhr“ abgelöst würden, zur Verfügung ständen, sollten ebenfalls der Stellplatzrücklage zugeführt werden, um diese dann für den Haltepunkt nutzen zu können.

FDP-Fraktionsvorsitzende Hoernchen führt aus, entgegen der Auffassung der FDP-Fraktion und der Partei habe sie persönlich immer wieder die Frage gestellt, warum man das ECE-Center nicht an den Kosten komplett beteilige, d.h. ECE die Kosten eines Schienenhaltepunktes zahlen lasse und ihnen dafür den Zugang zum Löhr-Center gebe. Sie sei aber auf Grund der schriftlichen Ausführungen des Oberbürgermeisters darauf aufmerksam geworden, dass die Entscheidungen zu baulichen Änderungen wie beispielsweise der Zugang zum Löhr Center dem Planrecht, hier speziell der Planfeststellung unterlägen. Die Bahn könne ohne die Zustimmung der Stadt Koblenz kein Baurecht erwirken und habe auch kein Interesse daran. Die FDP-Fraktion stimme geschlossen der Beschlussvorlage zu, jedoch mit Bedenken.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke stimmt den Erläuterungen des Rm Lehmkuhler zu. Weiterhin vertrete man die Auffassung, es sei zum jetzigen Zeitpunkt nichts mehr zu ändern und die Fraktion sich daher gebunden fühle, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer weist darauf hin, die CDU-Fraktion sei von Anfang an gegen das Projekt gewesen. Zu Rm Lehmkuhler gewandt erklärt sie, dass es sich bei dem Vertrag um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handele. Dies hätte der Oberbürgermeister auch dokumentiert und zum Ausdruck gebracht. Die Fraktion sei der Meinung, dass die Ratsmitglieder keine Fachleute seien und es würden Fachleute bezahlt, die an

dem Projekt beteiligt seien. Daher könne es nicht sein, dass letztlich Ratsmitglieder die Arbeit der Fachleute erledigen würden. Beauftragte Firmen hätten für den Auftrag, für welchen sie bezahlt würden, dann auch zu haften. Es könne nicht sein, dass der Steuerzahler dafür herangezogen werde.

Fraglich sei, wieso die Bahn AG als Privatfirma den Schienenhaltepunkt unentgeltlich zur Verfügung gestellt bekäme.

Weiterhin stellt sie die Frage, inwieweit das Land das Budget für die BUGA von 49 Mio. Euro um 4 Mio. Euro „Landezuschuss Investitionen“ erweitern müsste. Bei dieser Budgeterhöhung stelle sich die Frage, inwieweit das Land dieses Budget auch erweitern müsste. Diesbezüglich habe der Rat noch keine klare Antwort. Dies müsste ihres Erachtens noch einmal geprüft werden. Es könne nicht sein, dass diese 4 Mio. Euro zu 100 % zu Lasten der Stadt gingen.

Die CDU-Fraktion werde sich, entsprechend der bereits vorgetragenen Begründungen anderer Fraktionen, nämlich dass die 14 Mio. Euro nicht verschwendet werden dürften, enthalten.

Rm Lehmkuhler (SPD) äußert, dass er zuvor deutlich gemacht habe, dass man mit der Situation nicht zufrieden sei. Er denke, es gebiete einfach die Anständigkeit und Fairness, nun nicht alles auf den ehemaligen Oberbürgermeister zu schieben. Der Rat habe gewusst, warum diese Steigerungen vorlägen und er selbst habe z.B. mit dieser neuen Richtlinie, dass das Oberflächenwasser auch unter dem Gleisbett aufzufangen sei, dem ehemaligen Oberbürgermeister die Problematik bewusst gemacht. Danach habe dieser sofort versucht, dies zu stoppen, was aber zu diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich gewesen sei, weil die Maßnahme bereits bautechnisch ausgeführt gewesen sei. Er erinnere auch an die neuen Richtlinien der EU. Dies seien alles Dinge, die später gekommen seien und da habe Koblenz das Pech gehabt, als erste Baumaßnahme dieser Art in der BRD unter diese Richtlinien zu fallen. Auch dies sei ausführlich in den entsprechenden Ausschüssen immer wieder dokumentiert worden. Ferner sei über die Verzögerungen insbesondere wegen des Nachprüfungsverfahrens bei der Auftragsvergabe ausführlich berichtet worden. Daher verwahre er sich gegen Vorwürfe an den ausgeschiedenen Oberbürgermeister.

Beigeordneter Prümm weist darauf hin, dass der Rat den Auftrag erteilt habe, ECE in die Planung zum Schienenhaltepunkt einzubinden. Es habe viele Verhandlungen bezüglich der Modalitäten und der finanziellen Beteiligung seitens der ECE gegeben und es seien auch entsprechende Zusagen erfolgt. Dass das Löhr-Center nicht angebunden sei, liege darin begründet, dass der Rat damals beschlossen habe, dass das Löhr-Center nicht angebunden werden dürfe.

Rm Keul-Göbel (CDU) stellt Bezug nehmend auf die schriftlichen Ausführungen des Oberbürgermeisters die Frage, ob der Zuschuss in Höhe von 6,8 Mio. Euro bereits eingegangen sei. Ebenso bestärkt sie die Ausführungen des Rm Bocklet bezüglich der nicht erfolgten Information des Rates über die Kosten. Man könne in dem gestrigen Schreiben lesen, dass man im Frühjahr 2009 die Maßnahme noch hätte stoppen können. Dies sei aber gerade die Zeit des Kommunalwahlkampfes gewesen und damals sei dann der Spatenstich erfolgt, um die Baumaßnahme voranzutreiben. Zu diesem Zeitpunkt sei nicht über die Kostenerhöhungen im Rat berichtet und entschieden worden. Die fehlende Ausfinanzierung habe der ausgeschiedene Oberbürgermeister zu verantworten und die Maßnahme hätte nicht begonnen werden dürfen.

Rm Assenmacher (CDU) stimmt den Ausführungen von Rm Keul-Göbel zu.

Mit dem bevorstehenden Beschluss müsse versucht werden, bereits verursachte Schäden abzuwenden.

Rm Ackermann (Bündnis 90/ Die Grünen) bemerkt, die Kosten seien durch den neuen Oberbürgermeister offen gelegt worden.

Rm Contento (CDU) bittet um Auskunft darüber, wieso die Bahn AG nicht an den Kosten beteiligt würde und wieso die Stadt den Schienenhaltepunkt der Bahn nach Fertigstellung kostenlos zur Verfügung stellen müsse.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig bittet um Verständnis, dass er nur zu den Fragen Stellung nehme, welche er in den vergangenen zwei Monaten bearbeitet habe.

Es sei üblich, dass bei einem Wunsch eines zusätzlichen Bahnhofs einer Kommune, dieser in Eigenregie hergestellt würde, um ihn dann der Bahn zum Betrieb zu übergeben. Er habe sich in den vergangenen zwei Monaten mit Möglichkeiten beschäftigt, die aufgelaufenen Mehrkosten durch Andere zusätzlich finanzieren zu lassen. Verhandlungen mit dem Land seien noch nicht abgeschlossen. Bei Verhandlungen mit der Bahn hätte sich herausgestellt, dass die Bahn keinesfalls in die Mitfinanzierung trete. Daher bleibe ihm nur übrig, offen zu kommunizieren, wie die Verhältnisse seien, damit jeder wisse, worüber abzustimmen sei.

Er richtet die Frage, ob noch Informationen bezüglich des Landeszuschusses und des BUGA-Etats gegeben werden könnten an Frau Peterson und Herrn Kluge.

Frau Peterson (BUGA-Projektbüro) erläutert, dass nicht sämtliche Fördermittel bereits als Förderung eingegangen seien, aber ein Anspruch auf die entstandenen Kosten, die im Rahmen des Förderantrages als anrechenbare Kosten definiert seien, bestehe. Der Anspruch bestehe in Höhe von 6, 8 Mio. Euro.

Über eine Erhöhung des BUGA-Budgets werde mit dem Land verhandelt. Hierbei würde zusammen mit dem Wirtschaftsministerium untersucht, inwiefern bei den 1,5 Mio. Euro förderfähige Kosten enthalten seien. Weiterhin würden bezüglich der seitens des Wirtschaftsministeriums zugesagten 700.000 Euro verschiedene Maßnahmen geprüft, ob diese herangezogen werden könnten, um eine zusätzliche Förderung zu erhalten.

Rm Coßmann (CDU) erkundigt sich, ob Frau Peterson mit dem Land verhandle, dass die zusätzlichen Zuschüsse nicht durch die 49 Mio. Euro abgedeckt seien.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig bestätigt dies und erläutert, dass dies noch geklärt werde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Oberbürgermeister Prof. Hofmann-Göttig den Beschlusstenor zur Abstimmung.